

*Betreff:***Verlagerung des Atommüll-Zwischenlagers Leese nach Braunschweig?***Organisationseinheit:*

Dezernat III

61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

10.08.2017

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

09.08.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 27.07.2017 (17-04959) wird wie folgt Stellung genommen:

Die Stadt Braunschweig hat keine Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Atom- und Strahlenschutzrechtes. Dies gilt für die Verortung der sogenannten Landessammelstelle ebenso wie für die Prüfung der strahlenschutzrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen für die Lagerung von radioaktiven Stoffen. Die Stadtverwaltung hat daher die Anfrage der BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig umgehend an das Niedersächsische Umweltministerium weitergeleitet. Die Antwort des Niedersächsischen Umweltministeriums liegt bei.

Leuer

Anlage/n:

Antwort des MU



Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Postfach 41 07, 30041 Hannover

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Stadt Braunschweig
Stadtplanung und Umweltschutz
Postfach 3309

38023 Braunschweig

Bearbeitet von
Dr. Astrid Lange

E-Mail-Adresse:
Astrid.Lange
@mu.niedersachsen.de*

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
61.43-24.5-1 / 31.07.2017

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
43 - 40326/15

Durchwahl (0511) 120-
3577

Hannover
07.08.17

Anfrage der BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig (Drucksache 17-04959) zur Verlagerung des Atommüll-Zwischenlagers Leese nach Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 31.07.2017 baten Sie das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz um eine Stellungnahme zur Anfrage der BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig (Drucksache 17-04959) zur Verlagerung des Atommüll-Zwischenlagers Leese nach Braunschweig.

Ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu 1.

Die im Zwischenlager Leese befindlichen radioaktiven Abfälle der Landessammelstelle Niedersachsen sind grundsätzlich an ein Endlager des Bundes abzuführen. Die Landessammelstelle Niedersachsen geht aufgrund von Verlautbarungen der Bundesregierung davon aus, dass das für radioaktive Abfälle der Landessammelstellen vorgesehene Bundesendlager Konrad im Jahr 2022 fertiggestellt sein wird und deutlich vor 2030 radioaktive Abfälle dorthin abgeführt werden können. Da ein Teil der in Leese zwischengelagerten Fässer mit radioaktiven Abfällen noch nicht die Annahmebedingungen des Endlagers

Dienstgebäude
Archivstr. 2
30169 Hannover

U-Bahn
Linie 3, 7 und 9
H Waterloo
Bus 120
H Waterlooplatz

Telefon
(0511) 120-0
Telefax
(0511) 120-3399

E-Mail
poststelle@mu.niedersachsen.de*
**nicht zugelassen für digital signierte
und verschlüsselte Dokumente*
Internet
www.umwelt.niedersachsen.de

Bankverbindung
Nord/LB (BLZ 250 500 00)
Konto-Nr. 106 025 182
IBAN: DE10 2505 0000 0106 0251 82
BIC: NOLADE2H

Konrad erfüllt, müssen die Fässer einer so genannten Nachqualifizierung unterzogen und anschließend in geeignete Endlagerbehälter („Konrad-Container“) eingestellt werden.

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz als verantwortliches Ressort für die Landessammelstelle plant, diese Leistung in Kürze europaweit öffentlich auszuschreiben. Neben technischen Maßnahmen (so genannte Nachkonditionierung) umfasst die auszuschreibende Leistung auch die Möglichkeit einer mehrjährigen Zwischenlagerung der entstehenden Abfallgebinde. Aktuell verfügt die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH über keine Genehmigung, endlagerfähige Gebinde mit radioaktiven Abfällen am Standort Braunschweig längerfristig zwischenzulagern.

Nach den Bestimmungen des Entsorgungsübergangsgesetzes (BGBl. I 2017 S. 120) wird der Bund ab dem Jahr 2020 die meisten der bisher den Energieversorgungsunternehmen gehörenden Zwischenlager für sonstige radioaktive Abfälle selbst betreiben. Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz führt daher parallel Gespräche mit dem hier zuständigen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit über eventuelle weitere Optionen der Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen der Landessammelstelle Niedersachsen über das Jahr 2030 hinaus.

Zu 2.

Falls die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH dies beabsichtigen würde, wäre hierfür eine Genehmigung gemäß § 7 der Strahlenschutzverordnung beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz zu beantragen.

Für Rückfragen stehe ich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

gez.: Dr. Lange